

05.11.97

Antrag

**des Landes Rheinland-Pfalz
und des Freistaates Sachsen**

Entschließung des Bundesrates zu hormonhnlich wirkenden Stoffen

- Antrag des Landes Niedersachsen -

Punkt 10 der 718. Sitzung des Bundesrates am 7. November 1997

Der Bundesrat möge die Entschließung wie folgt fassen:

1. Der Bundesrat ist besorgt über zunehmende Hinweise, daß bestimmte vom Menschen in die Umwelt eingetragene Stoffe das Hormonsystem verschiedener Lebewesen beeinflussen können. Ein möglicher ursächlicher Zusammenhang zwischen der Zunahme bestimmter Erkrankungen bei Mensch und Tier (z. B. Krebserkrankungen, Beeinträchtigungen der Fortpflanzungsfähigkeit, Störungen des Immunsystems) und diesen Stoffen wird derzeit diskutiert.
2. Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, ihm bis September 1998 über den aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand auf diesem Gebiet zu berichten und diesen zu bewerten. Auf Grundlage dieses Berichts ist zu entscheiden, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minimierung des Eintrags solcher Stoffe zu ergreifen sind. Insbesondere ist zu prüfen, inwieweit die Notwendigkeit besteht, bei der Europäischen Union auf Zulassungs-, Erlaubnis-, Registrierungs-, Anmelde- und Mitteilungsverfahren für neue Chemikalien hinzuwirken, deren toxikologische und ökotoxikologische Prüfungen endokrine Effekte erfassen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung gebeten, zu prüfen und dem Bundesrat zu berichten, ob die Einrichtung eines nationalen bzw. EU-weiten Registers von Stoffen mit nachgewiesener Wirkung auf den Hormonhaushalt und Stoffen, bei denen der dringende Verdacht auf eine solche Wirkung besteht, zweckmäßig ist.

3. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet hormonell wirkender Stoffe verstärkt werden, um baldmöglichst über verlbliche wissenschaftliche Erkenntnisse zu verfügen, die entsprechende Wirkungszusammenhänge dokumentieren oder ausschließen.
4. Der Bundesrat hält eine zentrale Erfassung aller Forschungsaktivitäten und Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet für erforderlich und bittet die Bundesregierung, entsprechende Schritte zu veranlassen.

...

Begründung: (gegenüber dem Plenum)

Es gilt als wissenschaftlich gesichert, daß bestimmte Chemikalien hormonelle Wirkungen entfalten bzw. das Hormonsystem beeinflussen können. Forschungsergebnisse zeigen, daß Mensch und Tier während der Embryonalentwicklung besonders sensibel auf Schwankungen des Hormonhaushalts reagieren.

Nach derzeitigem Kenntnisstand liegen die vom Menschen aufgenommenen Mengen an solchen Stoffen im allgemeinen um Größenordnungen unterhalb der hormonell wirkenden Dosierungen. Die wissenschaftliche Diskussion um einen kausalen Zusammenhang zwischen der Zunahme bestimmter Erkrankungen des Menschen und dem Eintrag von Stoffen, die das Hormonsystem beeinflussen, in die Umwelt wird derzeit kontrovers geführt. Zur Untersuchung eines möglichen kausalen Zusammenhangs zwischen der Aufnahme von derartigen Stoffen und daraus resultierender Schädigung des Organismus bedarf es verstärkter Forschungsaktivitäten.

Die derzeit unsichere Datenlage sowie die kontrovers geführte Diskussion zu dieser Thematik erfordern eine Aufarbeitung des derzeitigen Kenntnisstandes. Auf der Grundlage eines entsprechenden, von der Bundesregierung zu erstellenden Berichts können gegebenenfalls Maßnahmen ergriffen werden, die darauf zielen, den Eintrag von Stoffen, die das Hormonsystem beeinflussen können, zu minimieren.